

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Herbert Schui, Dr. Axel Troost, Dr. Barbara Höll, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 17/3099 –**

### **Wirkung der Einkommenspolarisierung auf die Finanzierungssalden und das Wirtschaftswachstum**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Die Einkommenspolarisierung misst die Entwicklung beider Ränder der Einkommensverteilung. Eine Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW Berlin) vom Juni dieses Jahres hat den anhaltenden Trend einer zunehmenden Polarisierung der Einkommen in Deutschland bestätigt. Das DIW hat drei Einkommensbereiche – in Anlehnung an die Definitionen des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung – bestimmt. Die Studie ergab, dass sich die Dynamik hin zu mehr Ungleichheit seit 2000 spürbar verschärft hat. Es hat nicht nur die Anzahl der Haushalte in der unteren Einkommensklasse zugenommen, sondern diese Haushalte sind auch im Durchschnitt noch ärmer geworden, während die Anzahl der Reichen zunahm und diese im Durchschnitt reicher wurden (Wochenbericht des DIW Nr. 24/2010, S. 5).

Die umfangreiche Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamts von 2003 hat erneut bestätigt, dass mit steigendem Nettoeinkommen die Konsumquote abnimmt. Dieses Konsumverhalten der Haushalte kombiniert mit einer zunehmenden Einkommenspolarisierung führt für sich genommen gesamtwirtschaftlich zu einer niedrigeren privaten Konsumnachfrage (Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., „Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2006“, S. 47). Da die privaten Konsumausgaben knapp 60 Prozent des gesamten Bruttoinlandsprodukts ausmachen, haben sie eine zentrale Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung. Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) hat für Österreich geschätzt, dass bereits durch die Umverteilung von 1 Mrd. Euro vom oberen zum unteren Einkommensdrittel die Konsumnachfrage um 0,3 Prozent steigen würde (WIFO-Weißbuch 2006, Teilstudie 11 „Maßnahmen zur Belebung der privaten Inlandsnachfrage“, S. 20).

Die gestiegene Sparquote der privaten Haushalte, die sich spiegelbildlich aus einer niedrigeren Konsumquote ergibt, beeinflusst deren Finanzierungssaldo. Der Finanzierungssaldo der privaten Haushalte, der Unternehmen und des

Staates entspricht im Nachhinein der Summe des Nettofinanzierungssaldos gegenüber dem Ausland, der wiederum den Leistungsbilanzsaldo widerspiegelt. Der positive Finanzierungssaldo der privaten Haushalte hat sich zwischen 2000 und 2009 von 75,4 auf 150,1 Mrd. Euro p. a. verdoppelt. Der Finanzierungssaldo nichtfinanzieller Unternehmen ist normalerweise negativ, hat sich aber in den letzten zehn Jahren so entwickelt, dass er seit 2004 ebenfalls regelmäßig positiv ist. Der kontinuierlich positive Finanzierungssaldo von Unternehmen aus dem finanziellen Sektor hat sich zwischen 2000 und 2009 mehr als verdreifacht. Selbst der Staat hatte in zwei Jahren des betrachteten Zeitraums einen positiven Saldo. Im Durchschnitt hatte der öffentliche Sektor zwischen 2000 und 2009 aber einen negativen Finanzierungssaldo von knapp 50 Mrd. Euro. Im Gegensatz zu den privaten Sektoren ist beim Staat kein klarer Trend in diesem Zeitraum zu erkennen (Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank; Datenstand April 2010). Aufgrund der Saldenmechanik haben die im Trend zunehmenden Überschüsse in den privaten Sektoren in den letzten zehn Jahren den Nettofinanzierungssaldo gegenüber dem Ausland stark ansteigen lassen.

1. Sieht die Bundesregierung die schwache Entwicklung der privaten Konsumausgaben in den letzten zehn Jahren als Vorteil oder Nachteil für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands, und auf welche theoretischen Konzepte und empirischen Analysen stützt sich diese Einschätzung?

Die mittel- und längerfristige wirtschaftliche Entwicklung wird geprägt von der Entwicklung des Produktionspotenzials. Die entsprechende Wirtschaftspolitik ist daher auf die Ausschöpfung von Wachstumsspielräumen auszurichten. Hohe Priorität haben dabei z. B. die Wachstumsmotoren Bildung und Innovation. Eine Steuerung der Einkommensverwendung wie etwa die privaten Konsumausgaben gehört nicht zu den wirtschaftspolitischen Anliegen der Bundesregierung.

2. Wie ist nach Meinung der Bundesregierung die kurzfristige Wirkung (ohne indirekte Effekte in späteren Perioden) einer sinkenden Konsumquote auf das Wirtschaftswachstum?

Die Wirkung einer sinkenden Konsumquote auf das Wirtschaftswachstum ist nicht eindeutig. Sinkt die Konsumquote aufgrund des Anstiegs des Bruttoinlandsprodukts, so wird das Wachstum für sich genommen nicht durch die sinkende Konsumquote beeinflusst. Sinkt die Quote hingegen aufgrund rückläufiger Konsumausgaben, so wird für sich genommen das Wachstum gedämpft.

3. Wie beurteilt die Bundesregierung die Einschätzung der Deutschen Bundesbank, welche die Erhöhung der Sparquote seit 2000 auf eine ungleicher werdende Einkommensverteilung, die Privatisierung der Altersvorsorge und die gestiegene Einkommensunsicherheit verursacht durch Arbeitsmarktreformen zurückführt (Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 9/2007, S. 50 bis 51)?

Die Deutsche Bundesbank stellt an selbiger Stelle fest (siehe Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 9/2007, S. 50 bis S. 51), dass die „... Konstitution des Arbeitsmarktes sowie die recht verbreitete Unsicherheit über die Auswirkungen der Arbeitsmarktreform dazu geführt haben, dass vielfach vorhandene Konsumwünsche bei größeren Anschaffungen aus Vorsichtsgründen zumindest aufgeschoben wurden ...“.

Die Bundesregierung schließt sich der Beurteilung der Deutschen Bundesbank dazu an: „Da der wirtschaftliche Aufschwung inzwischen den Arbeitsmarkt

voll erfasst hat, könnte dieses Motiv wieder an Bedeutung verlieren, was sich günstig auf die privaten Konsumausgaben auswirken würde.“ (Deutsche Bundesbank Monatsbericht 9/2007 S. 51)

4. Wie wird sich nach Meinung der Bundesregierung die Sparquote bis 2015 entwickeln, und mit welchen Maßnahmen will sie ggf. darauf einwirken?

Die gesamtwirtschaftliche Sparquote dürfte mit zunehmendem Vorsorgesparen im mittelfristigen Zeitraum bis 2015 leicht zunehmen, eine direkte Einflussnahme auf die Sparquote sieht die Bundesregierung nicht vor.

5. Welchen Sparquotenkorridor hält die Bundesregierung mittelfristig für die deutsche Wirtschaft für optimal?

Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung ist nicht auf die Erreichung eines „optimalen Sparquotenkorridors“ ausgerichtet, sie hat keine Anhaltspunkte für einen erstrebenswerten Zielwert.

6. Gibt es nach Meinung der Bundesregierung einen signifikant messbaren empirischen Zusammenhang zwischen privater Ersparnis und Bruttoinvestitionen in der Bundesrepublik Deutschland, und ist dieser Zusammenhang in den letzten zehn Jahren im Vergleich zu den 90er-Jahren stärker oder schwächer geworden?

Gemessen am Korrelationskoeffizienten ist in den 90-Jahren kein empirischer Zusammenhang zwischen den Bruttoinvestitionen in jeweiligen Preisen und dem gesamtwirtschaftlichen Sparen der privaten Haushalte und der Kapitalgesellschaften feststellbar. In den vergangenen zehn Jahren war lediglich ein geringer empirischer Zusammenhang beobachtbar.

7. Wie bewertet die Bundesregierung das Ergebnis der DIW-Studie, demnach nicht nur die Anzahl der Haushalte in der niedrigen und hohen Einkommensgruppe zugenommen hat, sondern auch der absolute Abstand der unteren zur mittleren und der Abstand der höheren zur mittleren Einkommensgruppe zugenommen hat?

Laut DIW ist die Einkommensentwicklung primär durch die Arbeitsmarktentwicklung und zunehmende Unterschiede der Markteinkommen geprägt. Die Einkommenspolarisierung relativiere sich in konjunkturell günstigen Phasen mit starkem Beschäftigungswachstum wieder. Auch durch Steuern und staatliche Transfers werde die sich am Markt ergebende Einkommensverteilung deutlich gemildert. Für die Bundesregierung ist die Einbindung in das Erwerbsleben der wichtigste Faktor, um untere Einkommenschichten an der Wohlstandsentwicklung teilhaben zu lassen. Vorrangiges Ziel der Bundesregierung ist es daher, auf einer sicheren finanziellen Basis Bildungs- und Ausbildungschancen zu erhöhen, um möglichst vielen Erwerbsfähigen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen und letztlich das Wirtschaftswachstum nachhaltig zu stärken. Die Stabilisierung des Arbeitsmarktes angesichts der Krise war diesbezüglich eine wichtige Maßnahme der Bundesregierung.

8. Aus welchen sozialen und ökonomischen Gründen hält es die Bundesregierung für problematisch oder unproblematisch, wenn die Gruppe der niedrigen und hohen Einkommen, gemessen nach der Definition im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, absolut und als relativer Anteil in Zukunft immer weiter zunehmen würde?

Eine massive Zunahme der Ungleichheit als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise für die Einkommensverteilung konnte durch den Einsatz finanz- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen erfolgreich abgewendet werden. Der kurzzeitige starke Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Leistung hatte nur einen geringen Einfluss auf die Arbeitslosenzahl. Das funktionierende soziale Sicherungssystem und Maßnahmen wie der verstärkte Einsatz des Kurzarbeitergeldes verhinderten eine Ausweitung der untersten Gruppe mit relativ niedrigen Haushaltseinkommen. Vom gegenwärtigen konjunkturellen Aufschwung können wiederum untere Einkommensgruppen profitieren, indem sich ihnen neue Beschäftigungschancen eröffnen. Die Bundesregierung trägt durch ihre Politik wesentlich dazu bei, Wohlstand zu schaffen, der zu einer größeren Teilhabe für alle Bevölkerungsgruppen führt.

9. Gibt es eine Grenze bei der absoluten oder relativen Zunahme der Haushalte in der niedrigen und hohen Einkommensklasse, gemessen nach der Definition im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, nach deren Überschreitung die Bundesregierung durch finanzpolitische Maßnahmen gegensteuern würde?

Die Bundesregierung schafft durch das Steuer- und Transfersystem dauerhaft ausgleichende Effekte.

10. Wie beurteilt die Bundesregierung das Ergebnis der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., wonach „allein die geänderte Einkommensverteilung zu einem Anstieg der Sparquote (je nach konkreter Vorgehensweise) zwischen 0,3 und 0,6 Prozentpunkten“ (Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2006, S. 47) zwischen 2000 und 2004 geführt hat?

Die Institute stellen a. a. O. selbst fest, dass eher der etwas niedrigere Wert der Modellrechnung realistisch sein dürfte und dabei vor allem kurzfristige Effekte abgebildet werden.

11. Kann die Bundesregierung schätzen, welche zusätzlichen Konsumausgaben entstünden und wie hoch das zusätzliche Wirtschaftswachstum wäre, wenn in Deutschland 10 Mrd. Euro von der oberen Einkommens- zur untersten Einkommensklasse (in Anlehnung an die Definitionen des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung) umverteilt werden würden?

Die Bundesregierung verfügt nicht über ein Schätzmodell mit Spar- bzw. Konsumquoten nach Einkommensklassen.

12. Hält die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen der Entwicklung des Finanzierungssaldos nichtfinanzieller Unternehmen in den letzten zehn Jahren und der Senkung der Unternehmenssteuern im selben Zeitraum für möglich?

Der Finanzierungssaldo nichtfinanzieller Unternehmen unterliegt einer Reihe von Einflüssen. Neben freien unternehmerischen Entscheidungen gehört sicherlich auch die Senkung der Unternehmenssteuern zu den Einflussfaktoren des Finanzierungssaldos.

13. Warum sind nach Meinung der Bundesregierung die preisbereinigten Bruttoinvestitionen seit 2000 gesunken (Statistisches Bundesamt, GENESIS-Online, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Bundes, Kettenindex 2000=100: 2000 bis 2008: –2,86 Prozent und 2000 bis 2009: –14,38 Prozent), obwohl Unternehmenssteuern gesenkt wurden, das Zinsniveau im historischen Vergleich niedrig war, die Sparquote stieg, der Finanzierungssaldo der nichtfinanziellen Unternehmen anstieg, die Reallöhne sanken und die Nettobetriebsüberschüsse sich im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe verdoppelten sowie im Dienstleistungsbereich stark anstiegen?

Der kräftige Rückgang der Bruttoinvestitionen ist vor allem im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Finanzkrise zu sehen. Die Unternehmensteuerreform und die moderate Entwicklung der Reallöhne haben die deutsche Wettbewerbsposition im internationalen Zusammenhang nachhaltig gestärkt und tragen nun dazu bei, dass Deutschland vergleichsweise gut aus der Krise herausfindet.

14. Mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung die Bruttoinvestitionen bis zum Ende der Legislaturperiode stimulieren?

Die Höhe der Investitionen wird maßgeblich beeinflusst durch die Absatz- und Gewinnerwartungen der Unternehmen und damit von den Wachstumsperspektiven der Wirtschaft. Im zweiten Quartal 2010 ist die deutsche Wirtschaft mit 2,2 Prozent (preis- und saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal) so stark gewachsen wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr.

Von grundsätzlicher Bedeutung ist, die Attraktivität des Standorts Deutschland für in- und ausländische Investitionen zu erhalten bzw. zu verbessern. Eine weitere marktkonforme Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, der Abbau von Wachstumshemmnissen sowie ein forcierter Bürokratieabbau sind daher besonders wichtig.

Mit der Initiative „Gründerland Deutschland“ gibt die Bundesregierung Impulse für mehr Existenzgründungen und damit eine nachhaltige Erhöhung der Wachstumsdynamik. Der aktuell positive Trend bei den Unternehmensgründungen wird durch ein ganzes Bündel an Maßnahmen verstärkt (u. a. neue Gründungskultur entwickeln, gründungsbezogene Ausbildung an Schulen und Hochschulen intensivieren, innovative Gründungen unterstützen und Unternehmensnachfolgen erleichtern).

Auch die Energieversorgung wird für zukünftige Wachstumschancen mitentscheidend sein. Das jüngst vom Kabinett verabschiedete Energiekonzept formuliert entsprechende Leitlinien für eine saubere, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung bis 2050. Umfangreiche Investitionen in erneuerbare Energien, in den Netzausbau sowie in Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz werden damit einhergehen.

15. Sieht die Bundesregierung eine Grenze bei Vergrößerung des Nettofinanzierungssaldos gegenüber dem Ausland, bei deren Überschreitung eine Gefahr für die Stabilität der Eurozone und der Weltwirtschaft entstehen könnte?

Die Nettofinanzierungssalden gegenüber dem Ausland sind aus Sicht der Bundesregierung kein aussagekräftiger Maßstab für die Stabilität der Eurozone bzw. der Weltwirtschaft.

16. Mit welcher Entwicklung rechnet die Bundesregierung bei den Finanzierungssalden privater Haushalte, nichtfinanzieller Unternehmen, finanzieller Sektor, des Staates und der Nettoforderungsposition gegenüber dem Ausland unter Berücksichtigung der Saldenmechanik bis 2015?

Die Finanzierungssalden von privaten Haushalten und Gesamtwirtschaft dürfen sich – vorbehaltlich der anstehenden Überprüfung der Projektion – erhöhen, die von Staat und Unternehmen hingegen verringern.

17. Welche der Entwicklungen der Finanzierungssalden aus Frage 15 hält die Bundesregierung für ungünstig, und mit welchen Maßnahmen will sie deshalb gegensteuern?

Der Leistungsbilanzsaldo der Eurozone gegenüber dem Rest der Welt war in den letzten Jahren weitestgehend ausgeglichen. Übermäßige Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone könnten aber die Stabilität des Euros gefährden. Die Bundesregierung sieht vor allem Länder mit anhaltend großen Leistungsbilanzdefiziten und erheblichem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit in der Pflicht, Korrekturmaßnahmen umzusetzen. Deutschland hat an einer weiteren Stärkung seiner binnenwirtschaftlichen Wachstumskräfte selbst das größte Interesse, um so auch seinerseits zum Abbau der Ungleichgewichte beizutragen.

Die Bundesregierung hat bereits eine Reihe von Schritten unternommen, um das Binnenwachstum zu stärken. Durch das Sofortprogramm zu Jahresbeginn 2010 wurden Bürger und Unternehmen zusätzlich steuerlich entlastet. Deutschland trägt mit den Maßnahmenpaketen überdurchschnittlich zur Stabilisierung in Europa bei und ist das einzige Land in Europa, welches seinen fiskalischen Impuls im Jahr 2010 noch steigert. Derzeit ist Deutschland der Wachstumsmotor der Eurozone, wozu in steigendem Maße auch die binnenwirtschaftliche Nachfrage – Investitionen und Konsum – beiträgt.

Die wirtschafts- und finanzpolitische Strategie der Bundesregierung zielt darauf ab, mit weiteren strukturellen Reformen die längerfristigen Wachstumsspielräume in Deutschland zu erweitern. Dafür bedarf es investitionsfreundlicher Rahmenbedingungen, die zu langfristigen Investitionsentscheidungen ermutigen. Die Bundesregierung wird deshalb u. a. die Bürokratiebelastung der Unternehmen weiter reduzieren, das Steuersystem vereinfachen und die Infrastruktur ausbauen. Sie wird Existenzgründungen fördern und die Bedingungen für Unternehmensfinanzierungen verbessern.



